

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 83. Ratssitzung vom 13. Dezember 2019**

### **Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2019/388, Antrag 113 und Postulat GR Nr. 2019/520**

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 113. und 114. (Postulat GR Nr. 2019/520).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Dieser kombinierte Antrag betrifft das Konto, welches gewissermassen das Hauptkonto für die besonderen städtischen Integrationsleistungen ist. Wer den Novemberbrief gelesen hat, hat gesehen, dass dort auch das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) enthalten ist. Im zweiten Teil dieses Globalbudgets haben wir unter «Städtische Pflichtleistungen» und «Dienstleistungen für besondere städtische Integrationsangebote» eine ziemlich lange Liste mit verschiedenen Leistungsaufträgen, die wir hier im Gemeinderat mit dem Beitrag auf das Konto des Sozialdepartements / Departementssekretariat / Beiträge an die Asyl-Organisation für die besonderen städtischen Integrationsleistungen bewilligen müssen. Die Mehrheit der RPK stellt Ihnen den Antrag, ein neues Leistungspaket für den Aufbau eines Programms für begleitete Wohngruppen für unbegleitete Minderjährige (Mineurs non accompagnés, MNA) und junge Erwachsene einzustellen. Ezgi Akyol (AL) wird anschliessend erklären, worum es uns hier geht. Wir wünschen uns, dass die Stadt Zürich die AOZ bei der Anmietung von Wohnungen für MNA und junge erwachsene Asylsuchende unterstützt und sie dort im Hinblick auf selbständiges Wohnen einerseits und auf Berufsbildung und Arbeit andererseits, unterstützt. Wir sind überzeugt, dass mit einem solchen Angebot ein wichtiger Beitrag zur Integration geleistet werden kann. Der Aufwand der AOZ für die Begleitung innerhalb der eigenen Strukturen kann reduziert werden, dazu erfolgt ein zweiter Antrag. Die Stadt Zürich würde damit den Beitrag leisten, den sie sich auf die Fahne geschrieben hat: Nämlich jene Leute erfolgreich in die Zukunft zu führen, die hierher kommen und dauerhaft in der Schweiz bleiben.

**Samuel Balsiger (SVP)** begründet den Antrag der Minderheit und stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: Es gibt weiss Gott genug Angebote im Asylbereich, auch durch den Kanton. Wir brauchen keine weiteren Strukturen. Sie sprechen von erfolgreicher Integration, die sie mit diesem Projekt leisten. Ich bitte sie, uns aufzuzeigen, wo in all den anderen Projekten erfolgreiche Integration stattfindet. Wenn sie die Zahlen zu den Migranten betrachten, welche über das Asylwesen in die Schweiz einwandern, sehen sie, dass diese Personen über Jahrzehnte von Sozialhilfe abhängig sind. Da kann man nicht von erfolgreicher Integration sprechen. Daran werden auch 600 000 Franken und das betreute Wohnen nichts ändern. Sprechen sie nicht von erfolgreicher Integration. Wir haben 2015 ein Postulat überwiesen, damit Flüchtlinge bei Privaten unbürokratischer aufgenommen werden können. Die MNA werden, wenn die Struktur vorhanden ist, in Gastfamilien aufgenommen. Wenn sie diesen Leuten helfen und einen persönlichen Beitrag leisten wollen: Nehmen sie sie doch bei sich auf und begleiten sie sie privat.

**Ezgi Akyol (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1968/2019): In der Budgetberatung zum Aubruggweg wurde klar, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen und jungen Erwachsenen aus dem Asylbereich zwar euphemistisch von Wohngruppen spricht, eigentlich aber Wohngruppen in Containern, in Kollektivunterkünften, meint. Das Projekt «Begleitung für junge Erwachsene» begrüßen wir theoretisch sehr. Im Konzept dazu steht, dass das Pilotprojekt unter anderem eine Reaktion auf ein überwiesenes Postulat von mir sei. Jedoch war es nicht die Idee meines Postulats, Wohngruppen für junge Erwachsene in Containersiedlungen zu gründen. Im Rahmen der Budgetberatung wurde uns eine Liste mit Wohngemeinschaften (WGs) junger Erwachsener im Rahmen dieses Pilotprojekts bereitgestellt. Aus den Antworten des Stadtrats wurde aber nicht klar, wer in diesen Liegenschaften sonst noch untergebracht ist. Beispielsweise steht darin, dass in der Temporärwohnsiedlung (TWS) Aargauerstrasse in zwei WGs zwanzig junge Erwachsene untergebracht sind. Auf der AOZ-Seite erfährt man, dass insgesamt 140 Menschen in dieser TWS Aargauerstrasse untergebracht sind. Von einer Unterbringung ausserhalb von Kollektivunterkünften kann keine Rede sein. Ich habe hier im Gemeinderat schon oft gesagt, dass wir die Minderjährigen und jungen Erwachsenen endlich unterbringen müssen, wie man junge Menschen unterbringen sollte. Für uns ist klar, dass längerfristig alle unbegleiteten Minderjährigen und jungen Erwachsenen in städtischer Zuständigkeit aus diesen Containern raus müssen. Ende 2018 waren ungefähr 100 junge Erwachsene in städtischer Zuständigkeit. Es kann nicht so schwierig sein, für 100 Menschen adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Immer wieder betonen Jugendliche und junge Erwachsene, dass sie in solchen Unterkünften nicht konzentriert lernen können. So kann der Weg in die Selbständigkeit nicht gelingen. Unverständlich ist für mich auch, warum die AOZ alles selbst machen möchte und nicht auf bereits bestehende Angebote zurückgreift. Gerade bei Minderjährigen und jungen Erwachsenen ist nicht nur Knowhow aus dem Asylbereich gefragt. Es gibt private Organisationen und Stiftungen, die jungen Geflüchteten auf ihrem Weg in die Selbständigkeit Unterstützung bieten. Die AOZ muss diese Strukturen nicht selbst aufbauen. Es könnte sinnvoller sein, auf bereits existierende Angebote zurückzugreifen. Die privaten Fachorganisationen haben sich spezialisiert auf die berufliche und wohnliche Integration junger Geflüchteter. Sie können auf die individuellen Lebenssituationen eingehen und personenzentriert arbeiten. Wir stellen in Frage, dass die AOZ mit ihrer Grösse eine solche individuelle Begleitung sicherstellen kann. Wir wollen, dass die AOZ geeigneten Wohnraum akquiriert und ein Programm zur beruflichen Integration zusammen mit privaten Fachorganisationen ausarbeitet.

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** Wir gehen mit Ezgi Akyol (AL) einig, dass es im Bereich der Betreuung von MNA und jungen Erwachsenen grosse Versäumnisse gibt. Diese Versäumnisse und Fehler können sich in den Biografien dann fortpflanzen und multiplizieren. Dies kann nicht in unserem Sinn sein. Aus diesem Grund gehen wir hier von der Enthaltung in die Mehrheit und werden das Postulat unterstützen.

**Isabel Garcia (GLP):** Severin Pflüger (FDP) hat mir das Votum vorneweg genommen. Wir wechseln aus denselben Gründen ebenfalls von der Enthaltung in die Mehrheit und werden das Postulat ebenfalls unterstützen.

**Vera Ziswiler (SP):** Es freut mich sehr, dass dieses Postulat eine so breite Mehrheit findet. Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass wir bereits 2016 ein ähnliches Postulat miteingereicht haben, namentlich das Postulat 2016/380 von Ezgi Akyol (AL) und Linda Bär (SP). Dort wurde unter anderem gefordert, dass im dazumal erst geplanten Bundesasylzentrum (BAZ) unbegleitete minderjährige Asylsuchende nicht im Zentrum, sondern eben in angemessenen Strukturen untergebracht werden. In der Begründung wurden Pflegefamilien und Verwandte, aber eben auch Wohngruppen als Varianten erwähnt. Die Integration dieser jungen Menschen gelingt in kleinen Wohneinheiten besser, die nicht abgesondert, sondern mitten in der Gesellschaft sind – in Wohnquartieren und Wohnhäusern mit anderen Menschen, die Deutsch sprechen und die nicht dauernd wechseln. Das ist ein wichtiger Punkt, über den sich die Fachleute einig sind. Ich persönlich arbeite täglich im Bereich der Berufsintegration mit minderjährigen Asylsuchenden, die alleine in die Schweiz gereist sind. Dabei höre ich immer wieder, wie entscheidend die Wohnsituation für die Integration in die neue Heimat ist. Hier unterstütze ich das Votum von Ezgi Akyol (AL) zu 100 Prozent. Es macht einen Unterschied, ob die jungen Menschen in einer WG eng begleitet werden, sie dort aber auch selbstständig leben und sich organisieren können, oder ob sie während Wochen und Monaten in Kollektivunterkünften leben müssen, in denen ihre Bedürfnisse oft untergehen, der Betreuungsschlüssel oft nicht ausreicht und wo die Wechsel bei Begleitung und Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern häufig sind. In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion das Postulat selbstverständlich mit voller Überzeugung.

S. 343	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3634 00 105</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Departementssekretariat</b> <b>Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen</b>					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
<b>113.</b>	Antrag Stadtrat			5 056 000	Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)	
				600 000	5 656 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
						Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Aufbau Programm begleitete Wohngruppen für MNA (unbegleitete Minderjährige) und junge Erwachsene				

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

4 / 4

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

**2039. 2019/520**

**Postulat von Ezgi Akyol (AL) und Luca Maggi (Grüne) vom 27.11.2019:  
Ergänzung des Leistungsauftrags 2020 der AOZ mit einem Programm zur beruflichen Integration und selbständigen Wohnen für geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ezgi Akyol (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1968/2019).

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 113.

Das Postulat wird mit 106 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat